der deutschen Gesellschaft. Gleichwohl soll mit Hilfe der Blockpolitik der Versuch unternommen werden, im Rahmen eines künftigen Parteiensystems den anderen politischen Strömungen den programmatischen Willen der KPD aufzuzwingen, um die Ostorientierung Deutschlands nach dem Sturz Hitlers durchzusetzen.- Ich danke Ihnen. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Manfred Wilke. Das ist ein doppelter Dank. Einmal ist es Dir gelungen, Dich im Zeitrahmen zu halten.

Zweitens danke ich dafür, daß es ihm gelungen ist, eben nicht nur heutige Erkenntnisse zu bündeln; vielmehr hat er uns tatsächlich Neues vermittelt, was ausgesprochen interessant war.

Ich möchte nun den zweiten Referenten aufrufen. Bei ihm geht es um „Die Wandlung der SED und ihre Rolle im Parteiensystem“. Bitte, lieber Herr Professor Weber.

**Prof. Dr. Hermann Weber:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Manfred Wilke hat eben gezeigt, daß die deutschen Kommunisten im sowjetischen Exil im wesentlichen an ihren alten Vorstellungen festhielten. Das heißt, daß auch nach dem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie, welches die KPD bei ihrem Gründungsaufruf abgab, in ihren Vorstellungen die stalinistischen Grundauffassungen – man kann es fast so sagen – natürlich weiter verwurzelt blieben.

Ein Indiz dafür ist in meinen Augen die Gründung der SED. Dafür spricht auch die Taktik, welche die Kommunisten dann in der SED verfolgten. Mit Hilfe der allmächtigen Sowjetischen Militäradministration setzte die KPD in der Ostzone die Zwangsvereinigung mit den Sozialdemokraten durch. Das heißt, die gegen die „Einheit“ opponierenden Sozialdemokraten konnten – abgesehen von West-Berlin – ihre Positionen nirgendwo vorstellen. „Einheitsgegner“ wurden verfolgt. Allerdings machten die Kommunisten andererseits den Sozialdemokraten Zugeständnisse, um sie in diese Einheitspartei zu bringen.

Deshalb präsentierte sich die SED bei ihrer Gründung noch ohne die typischen Wesensmerkmale einer kommunistischen Partei. Weder in der Ideologie noch in der Programmatik gab es Festlegungen auf den Leninismus und das sowjetische Modell. In der Organisation galt die „paritätische“ Besetzung aller Funktionen durch Vertreter beider Parteien. Die Hegemonie im Parteiensystem wurde offiziell noch nicht verkündet. Dies alles ist dann 1948/49 verändert worden. In der praktischen Politik der SED bestimmten freilich die Kommunisten schon vorher.

Als es der Sowjetunion genehm war, nach dem Ausbruch des kalten Krieges 1947/48 einen Umformungsprozeß in Osteuropa durchzusetzen, die Rücksicht auf die westlichen Alliierten fallenzulassen und den von ihr besetzten Ländern eine Stalinisierung aufzuzwingen – ich erinnere an den kommunistischen

Putsch in Prag und an die Kominform-Gründung –, war das auch für die SED ein Signal, sich in eine „Partei neuen Typus“, wie es offiziell hieß, umzuwandeln. Dies ist insbesondere nach dem Bruch zwischen Stalin und Tito geschehen.

Der Stalinisierungsprozeß oder der Prozeß, der hin zur „Partei neuen Typus“ führte, ist in der westlichen Forschung vielfach thematisiert worden. Zu fragen bleibt, inwieweit jetzt neu zugängliche Quellen Veränderungen in bezug auf das bisherige Bild bringen. Dabei geht es um Sachverhalte, bei denen man sagen muß: Hier sind neue Einschätzungen nötig.

Ich möchte versuchen, diese Frage zu beantworten, indem ich das Thema anhand von vier Teilbereichen angehe. Erstens: Ideologie und Programmatik. Zweitens: Parteistruktur. Drittens: Funktionsbesetzungen, welche eng mit den Säuberungen verbunden sind. Viertens geht es um die damit angestrebte führende Rolle der SED im Parteiensystem.

Erstens – Ideologie und Programmatik: Ideologische Leitsätze mußten stets nach außen vermittelt werden, um die eigenen Funktionäre damit zu indoktrinieren. Dieser Bruch war 1948/49 am deutlichsten sichtbar. Der II. Parteitag der SED im September 1947 hat in seinen Entschließungen noch einmal ausdrücklich bestätigt, daß die Gründungsdokumente weiterhin gelten. Das heißt, daß man sich zum Marxismus, aber nicht zum Leninismus bekennt, daß man einen „deutschen Weg“ zum Sozialismus proklamiert und die „demokratische Republik“ als Ausgangsposition nimmt.

Doch Wilhelm Pieck resümierte in seinem Schlußwort bereits unmißverständlich: „Die Diskussion war beherrscht von dem Gedanken und dem Willen zur Einheit der Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus.“ Hier auf diesem Parteitag wird also erstmals der Begriff „Marxismus-Leninismus“ eingeführt. Ulbricht schließlich hat auf diesem Parteitag erklärt, „daß wir auf dem Wege sind, eine Partei neuen Typus zu werden.“ Er verlangte deswegen, die Genossen müßten „von der Lehre des Marxismus-Leninismus überzeugt sein.“

Auf der einen Seite gab es offiziell in den Deklarationen immer noch ein Festhalten an den Vereinigungsbedingungen. Aber auf der anderen Seite gab es hier bereits im Jahre 1947 den Übergang zu neuen Thesen. Ulbricht hat dies übrigens in einem Artikel im November 1947 noch deutlicher gemacht, indem er davon sprach, daß nun die Partei nach den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin umgebaut werden müsse. Mit anderen Worten: Die offizielle Linie wurde zwar erst 1948/49 geändert. Man kann aus den vorliegenden Dokumenten feststellen, daß dieser Prozeß innerhalb der Partei schon früher stattfand.

Hinzu kam, daß die Ideologie zunehmend auf die Thesen Stalins zurückgeführt wurde. In diesem Zusammenhang nenne ich ein Zitat aus dem Jahre 1948: